

Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein – Landesregierung drückt sich

Laut Presseberichten wird die Sana AG das angeschlagene Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein (GKM) nicht übernehmen. In meiner Kleinen Anfrage vom 02.04.2024 hatte ich die Landesregierung gefragt, was sie gegen die zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung hinsichtlich der **akuten Gefährdung des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein** mit seinen Standorten in Koblenz, Boppard, Nastätten und Mayen zu tun gedenkt. Nach den landespolitischen Möglichkeiten gefragt, wie das Mittelrhein-Klinikum so finanziert werden kann, dass die Menschen in der Region auch künftig wohnortnah medizinisch versorgt werden, drückte sich die Landesregierung um eine konkrete Aussage. Auf meine Anfrage kam statt eines Konzeptes oder wenigstens belastbarer Vorschläge nur lauwarmer Luft. Natürlich ist es richtig, dass das Land gesetzlich derzeit nur für Bau und Investitionen zuständig ist – und nicht für die Betriebskosten. Aber die Landesregierung darf nicht länger zusehen, wie ein Krankenhaus nach dem anderen in die wirtschaftliche Schieflage gerät und deshalb **flächendeckend Schließungen** drohen.

Die **Landesregierung verweigert konkrete Aussagen**, sowohl was die Bundesebene als auch die Landesebene betrifft. Zentrale inhaltliche Maßnahmen, um die drängende Situation der Krankenhauslandschaft zu stabilisieren, werden nicht genannt. Bei der dringenden Gefährdung des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein sieht sie sich lediglich in einer Moderatorenrolle. Das ist zu wenig! Wenn Bundesregierung, Land und Kommunen nur die Verantwortung von einem zum anderen schieben, wird sich nichts an der finanziellen Situation ändern. **Gesundheit ist eben kein beliebiges Produkt** und deshalb darf die Gesundheitsversorgung nicht gewinnorientiert aufgestellt bleiben. Der Zweck eines Krankenhauses ist, Kranke zu kurieren und nicht die Taschen von Investoren zu füllen. Wer Fachkräfte gewinnen, Krankenhäuser funktionsfähig halten und die mancherorts schon heute ausgedünnte Gesundheitsversorgung verbessern will, muss **investieren und dafür mehr Geld in das System stecken**. Gleichzeitig spricht nichts dagegen, Spezialkompetenzen in einigen Häusern zu konzentrieren und damit für bessere Ergebnisse zu sorgen. Aber die dauerhafte Unterfinanzierung der Krankenhäuser muss endlich ein Ende haben. Die **Landesregierung muss jetzt Vorschläge machen**, wie die anstehende Krankenhausreform in Rheinland-Pfalz bestmöglich umgesetzt wird. Und sie muss dort investieren, wo die Pläne des Bundesgesundheitsministers nicht ausreichen: Geld ist in der Landesrücklage ausreichend vorhanden – hier könnte ein Teil sinnvoll eingesetzt werden.

Um eine konkrete und schnelle Verbesserung zu erreichen, muss die Landesregierung jetzt handeln!

Weitere Mitteilungen unter www.andreas-hartenfels.de

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

**Bündnis Sahra
Wagenknecht**